F 50936

THEMEN + FREQUENZEN

Magazin der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien

03/18

Ist die Pressefreiheit in Gefahr?

Freiheit

Die Pressefreiheit hat einen unschätzbaren Wert für eine Demokratie. Doch sie steht unter Druck. 10

SAEK News

#wirsindmehr – das Aufklärungsprojekt zum Thema Pressefreiheit des SAEK Riesa und weitere Themen. 15

Grenzen

Staatsminister Oliver Schenk über den tiefgreifenden Wandel des Mediensystems. 20

Inhalt

4 Schwerpunkt (4–14)
Seit der Aufklärung ist die Pressefreiheit ein Grundpfeiler der Demokratie. Der Umgang damit ist aktuell ein heiß diskutiertes Thema, denn Journalisten fühlen sich bedroht.

6 Die Suche nach der Wahrheit
Damit sich jeder eine eigene Meinung bilden kann, sollten in der medialen Berichterstattung möglichst alle Sichtweisen und Fakten präsentiert werden. Leider sieht die Realität oft anders aus.

8 Juristische Grenzen
Interview mit Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Experte für Kommunikationsrecht der Universität Leipzig.

12 Harter Umgang im Äther
Wie drei lokale sächsische Fernsehveranstalter die Pressefreiheit in der Praxis erleben.

14 Mut machen
Wie die SLM lokale TV-Veranstalter im Sinne der Pressefreiheit unterstützen kann.

15 SAEK News
#wirsindmehr – das Aufklärungsprojekt zum Thema Pressefreiheit des SAEK Riesa.

20 Medienköpfe
Staatsminister Oliver Schenk über den tiefgreifenden Wandel des Mediensystems.

22 Medienkompetenz
Neue Studiengänge an der Universität Leipzig und an der Hochschule Mittweida.

28 Technik
MagentaTV der Telekom erfreut sich wachsender Beliebtheit.

Wieder miteinander ins Gespräch kommen

Sachsen und die Pressefreiheit

Der Umgang mit der Pressefreiheit ist nicht erst seit den Ausschreitungen und Angriffen auf Journalisten in Chemnitz ein medial heiß diskutiertes Thema, sondern eines, das die gesamte Gesellschaft stets und immer betrifft. Die freie und unabhängige Presse ist ein Grundpfeiler der Demokratie – ob man ihre Erzeugnisse nun schätzt oder nicht. Gerade weil durch das Internet praktisch alle Informationen ungefiltert für jeden jederzeit zugänglich sind, bedarf es der organisierten und professionellen Einordnung und Verbreitung durch Massenmedien, um den freien und informierten öffentlichen Meinungsaustausch zu sichern. Dieser Prozess muss nachvollziehbar, sachlich, professionell und unabhängig erfolgen.

Der Autor steht mit seinem Namen und seinen Quellen für inhaltliche Richtigkeit und saubere Recherche und genießt im Rahmen seiner Tätigkeit gewisse Privilegien und besonderen Schutz. Die Realität sieht jedoch oft anders aus. Regelmäßig prallen Freiheitsrechte und auch harte, wirtschaftliche Faktoren und Interessen aufeinander. Dieser Konflikt spielt sich vor dem Hintergrund eines in der Öffentlichkeit gewachsenen Misstrauens ab, das auch aufgrund von handwerklichen Fehlern seitens Journalisten und wissentlich oder unwissentlich verbreiteten Falschinformationen entstanden ist. Es bricht sich im berüchtigten „Lügenpresse“-Ruf Bahn, schon ist von einer Glaubwürdigkeits- und Legitimationskrise der Presse die Rede. Was ist an dem Szenario dran? Ine Dippmann, Hörfunkkorrespondentin und Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) Sachsen, warnt vor Überdramatisierung, auch vonseiten der Journalisten: „Schlechte Nachrichten sind unser Geschäft, aber Skandalisierung hilft hier nicht.“ Man wolle wieder miteinander ins Gespräch kommen, erläutert sie und arbeitet aktiv an einer Lösung des Konflikts.

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) wirkt als Schnittstelle zwischen Medienschaffenden und -konsumenten und setzt sich für die beruflichen und medienpolitischen Belange seiner deutschlandweit 38.000 Mitglieder ein. Außerdem macht sich der DJV für eine qualifizierte Journalistenausbildung stark. „Der DJV bietet neben klassischer Informations- und Lobbyarbeit Gesprächsformate für konstruktiven Austausch an, hält Kontakt zur Polizei und Politik und trifft sich regelmäßig mit medienpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen“, erklärt Dippmann und betont: „Grundsätzlich haben wir in Deutschland ein gesellschaftliches Klima, in dem wir als Journalisten arbeiten können – wenn auch unter erschwerten Bedingungen.“ \\

Ine Dippmann, Hörfunkkorrespondentin und Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) Sachsen

Impressum themen + frequenzen Herausgeber: Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM), Verantwortliche Redakteure: Martin Deitenbeck, Ines Herzog, Ferdinand-Lassalle-Straße 21, 04109 Leipzig, www.slm-online.de; **Redaktion/Layout:** WESTEND Communication GmbH, www.westend-communication.de; **Fotos/Illustrationen:** 4iMedia; Auerbach Verlag; BCS Broadcast Sachsen GmbH & Co. KG; Fernsehen in Dresden GmbH; Deutsche Telekom AG; Marcus Fröhner-Photography; Prof. Hubertus Gersdorf; Hochschule Mittweida University of Applied Sciences Mittweida; Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig; Interessengemeinschaft tv Meissen e. V.; Benjamin Jenak; KabelJournal GmbH; Juergen Maennel; Bernd Roeder; Thomas Ollendorf; Pawel Sosnowski; Pixabay; REGIOCAST GmbH & Co. KG; Bundesverband Lokalfernsehen (BLTV); © GaudiLab, Mascha Tace / shutterstock.com; SAEK mobil / edmedien GmbH; SAEK Plauen; Schwarwel; SLM; **Druck:** Löhnert-Druck; **Auflage:** 3.800 Exemplare, erscheint vierteljährlich; **Redaktionsschluss:** 15.12.2018

Ausgezeichnete Fernsehbeiträge aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Rundfunkpreis Mitteldeutschland 2018 – Fernsehen

Am 16. November 2018 wurden im Westbad in Leipzig herausragende Programmbeiträge privater kommerzieller Fernsehproduzenten aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit dem Rundfunkpreis Mitteldeutschland – Fernsehen ausgezeichnet. Der Preis stellt inzwischen einen der wichtigsten Leistungsvergleiche unter privaten kommerziellen Fernsehveranstaltern in Mitteldeutschland dar und ehrte zum 14. Mal insgesamt sieben herausragende Lokal-TV-Beiträge aus 143 Einreichungen. Dabei wurden Preisgelder in Höhe von 11.500 Euro vergeben. Alle Gewinnerbeiträge sind online einsehbar unter:

www.slm-online.de/fernsehpreis_mitteldeutschland.html

Zurück auf Los: Medientage starten 2019 in Leipziger Baumwollspinnerei

Neue Location, vielfältige Formate, frischer Look

In ihrer 21. Auflage erfahren die Medientage Mitteldeutschland (MTM) eine organisatorische und inhaltliche Neuausrichtung: Vom 21. bis 22. Mai 2019 findet der Branchentreff zum ersten Mal in Halle 14, dem Zentrum für zeitgenössische Kunst, auf dem Gelände der Leipziger Baumwollspinnerei statt. Zudem halten neue Gesprächs- und Diskussionsformate ebenso Einzug wie ein frischer Look. Bereits am 6. März gibt es erste inhaltliche Debatten beim MTM Extra in der Landesvertretung Sachsen-Anhalts beim Bund in Berlin.

Die neuen Köpfe hinter den MTM sind Christian Bollert, Geschäftsführer der Leipziger BEBE Medien GmbH, die auch das Internetradio und die Podcast-Plattform detektor.fm betreibt, und der Leipziger Autor und Kulturmanager Claudius Nießen (ClaraPark). Sie haben 2018 die Ausschreibung um die Neuausrichtung des Medienkongresses gewonnen. „Kürzere Panels, mehr Zeit zum Netzwerken und unterschiedliche Gesprächsformate wie Ignite Talks oder Fishbowl-Diskussionen“, fasst Christian Bollert die ersten Schritte in Richtung Neuanfang zusammen.

Was bleibt, ist der Anspruch an die Veranstaltung: Akteure aus Medien, Politik und Digitalwirtschaft sollen die mediale Debatte um aktuelle Entwicklungen in Medienpolitik, Medienwirtschaft und Medienrecht von Leipzig und Mitteldeutschland aus weiter vorantreiben.

Die MTM werden von der AG Medientage Mitteldeutschland e.V. ausgerichtet. Zu den Mitgliedern gehören neben den Landesmedienanstalten von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen die Stadt Leipzig, der Mitteldeutsche Rundfunk, die Mitteldeutsche Medienförderung, die DREFA, das ZDF, MDR-Werbung, Bavaria Film, BCS Broadcast sowie RADIO PSR. \\

www.medientage-mitteldeutschland.de

PRESSE
FREIHEIT

„Die Gedanken sind frei, …

… wer kann sie erraten, sie fliehen vorbei wie nächtliche Schatten. Kein Mensch kann sie wissen, kein Jäger erschießen, es bleibet dabei: Die Gedanken sind frei“, so der überlieferte Text in einem deutschen Volkslied. Aber wie frei ist das gedruckte Wort?

Als zentrale Errungenschaft der Aufklärung gilt die Pressefreiheit als unverrückbare Säule der Demokratie, als „die vierte Gewalt im Staat“. Medien besitzen keine eigene Gewalt zur Änderung der Politik oder zur Ahndung von Machtmissbrauch, aber durch Berichterstattung und öffentliche Diskussion können sie das politische Geschehen beeinflussen. Sie berichten, kommentieren, ordnen ein.

Damit die Medien ihrer Aufgabe und Funktion nachkommen können, stehen Journalisten traditionell unter Schutz, haben gewisse Privilegien. Aktuell scheinen einige dieser Privilegien jedoch ausgesetzt, der Schutzraum wirkt bedroht, beispielsweise im Internet, wo Journalisten teilweise organisierten Mobbingkampagnen preisgegeben sind, oder bei der Berichterstattung vor Ort, wo Medienvertreter körperlich bedroht werden. Ihnen wird „Gesinnungsjournalismus“ vorgeworfen, Zugehörigkeit zu „Systemmedien“ und zur „Lügenpresse“. Der Vorwurf trifft Mitarbeiter der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten genauso wie freie Print-, Hörfunk- und Onlinejournalisten. Vermehrt kommt es zu tätlichen Übergriffen. Dies schränkt die Arbeit der Journalisten zunehmend ein. Gleichzeitig wird in Zeiten der Digitalisierung jeder zum Sender, der ein internetfähiges Endgerät besitzt. Ist damit die Pressefreiheit, wie wir sie bisher kannten, in Gefahr?

Eine Tendenz zeichnet sich bereits ab. Die Rangliste der Pressefreiheit der Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen e.V.“ (ROG) vergleicht die Situation für Journalisten und Medien in 180 Staaten und Territorien. 2018 nimmt Deutschland Platz 15 auf der Liste ein, 2017 war es noch Platz 16. Trotz der Verbesserung wirken sich laut ROG zunehmend tätliche Angriffe auf Journalisten negativ auf den Status der Pressefreiheit aus. Für 2019 erwarten die ROG einen weiteren Anstieg gewalttätiger Angriffe auf Journalisten in Deutschland, insbesondere bei Großveranstaltungen und Demonstrationen.

Im Rahmen der jüngsten Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach) von 2014 wurden Journalisten im Auftrag der Stiftervereinigung der Presse nach den relevantesten Bedrohungen für die Pressefreiheit gefragt. In der vier Jahre alten Studie spiegelt sich die von den ROG thematisierte physische Bedrohungslage noch nicht in den Aussagen der befragten Pressevertreter wider. Laut der Allensbach-Studie glauben 93 Prozent der Befragten an uneingeschränkte Pressefreiheit in Deutschland (IfD Allensbach 2014, S. 1). 48 Prozent geben zu bedenken, dass durch Zeitmangel nicht alle Themen uneingeschränkt abgebildet werden könnten. 34 Prozent sind der Ansicht, dass zu viel Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen genommen werde. Weitere 30 Prozent der Befragten glauben, dass die Monopolisierung von Regionalzeitungen einen negativen Einfluss auf die Pressefreiheit nimmt (IfD Allensbach 2014, S. 9). Würde das Ergebnis der Umfrage vier Jahre später anders aussehen?

Die Basis der Pressefreiheit, der Artikel 5 des Grundgesetzes, ist nicht verhandelbar. Dennoch werden zunehmend Einschränkungen sichtbar, sei es durch staatliche Regulierungen wie das BND-Gesetz, durch den Tendenzschutz der Medienhäuser oder den öffentlichen Druck auf Journalisten. Gleichzeitig kämpfe die Branche seit 2015 mit einer „Legitimations- und Glaubwürdigkeitskrise“, sagte die Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) Sachsen, Ine Dippmann, im Interview bei „Zeit online“. Das Vertrauen in die freie Presse wieder herzustellen und damit die Demokratie zu schützen, ist die gemeinsame Aufgabe aller gesellschaftlichen, politischen und medialen Akteure in Deutschland. \\

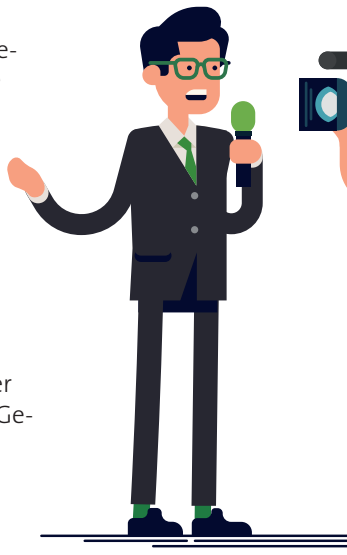
Lesen Sie dazu das Schwerpunktthema weiter auf den Seiten 6–14

Die Suche nach der Wahrheit

„Als Journalisten haben Sie nicht die Aufgabe, den Leuten zu sagen, was sie denken sollen. Ihre Aufgabe ist es, sie auf Dinge aufmerksam zu machen, über die sie nachdenken sollten“, erklärt der US-amerikanische Journalismusforscher Jay Rosen in seinem „Brief an die deutschen Journalisten“, der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen ist.

Jay Rosen, Professor für Journalismus an der New York University, hielt sich auf Einladung der Robert-Bosch-Stiftung drei Monate lang in Deutschland auf und sprach mit 53 Journalisten des Landes über die Lage des Journalismus in der Bundesrepublik, das Selbstverständnis der Journalisten und das Verhältnis der Öffentlichkeit zur freien Presse. Agenda Setting betrachtet Rosen als eine der wichtigsten Aufgaben des Journalismus. Eine komplexe Aufgabe, denn nach welchen Kriterien werden die Themen ausgewählt? Was ist nachrichtenrelevant und was müssen Journalisten, wie häufig gefordert, „realitätsgetreu“, „neutral“ und „wahrheitsgemäß“ berichten? Dr. Anna-Maria Schielicke, Kommunikationswissenschaftlerin der TU Dresden, lehnt einheitliches Agenda Setting ab. Wahrnehmung sei subjektiv, jeder habe seinen individuellen Schwerpunkt. Journalisten sollten vielmehr vollumfänglich berichten. Dabei sollten sie weniger die eigene Sicht einbringen, sondern überlegen: Wie könnten es andere gesehen haben? „Der Rezipient soll in der Lage sein, seine eigene Meinung zu bilden“, so Schielicke. Auch wenn Journalisten ihrer Neutralitätspflicht nicht hundertprozentig nachkommen können, weil auch sie menschlichen Wahrnehmungen unterliegen, müssten sie professionelle Standards beachten und der Öffentlichkeit möglichst alle Sichtweisen und Fakten präsentieren. Die Kommunikationswissenschaftlerin erkennt im breiten politischen Spektrum der deutschen Medien gerade den großen Vorteil der freien Presse: Das unterschiedliche Agenda Setting von taz bis Junger Freiheit sorge für die umfangreiche Möglichkeit, sich zu informieren und perspektivisch eigene Medienkompetenz zu entwickeln. Ein Zeichen für funktionierende Demokratie, denn: „Wer unterschiedlich liest, wird misstrauisch“, erklärt Schielicke. „Ein hohes Vertrauen in die Medien weise daher sogar auf eine gewisse Unfreiheit der Medien hin – wer überall das Gleiche liest, hinterfragt nicht.“

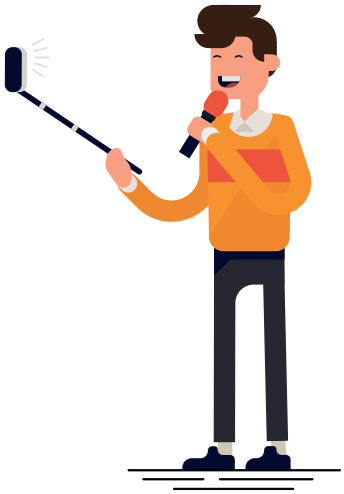
Gleichzeitig gehe von dieser breiten Angebotspalette die Gefahr aus, dass sich die Rezipienten überfordert fühlten. Aus mangelnder Medienkompetenz entstehe dann Vermeidungsverhalten und Abgrenzung durch strategische, fundamentale Medienkritik – als Resultat ertöne der „Lügenpresse“-Ruf. Um dem vorzubeugen, empfiehlt die Wissenschaftlerin, Medienkompetenz bereits in der Schule zu vermitteln. Und wie steht es um die Medienhäuser selbst? Schielicke sieht zwar keinen Ge-



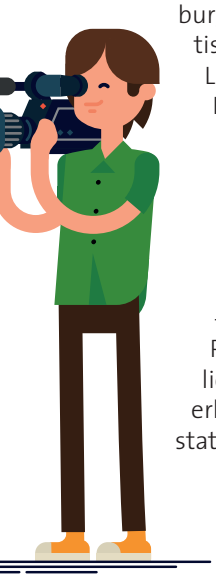
sinnungsjournalismus, dennoch seien die Medienschaffenden nicht vor Wahrnehmungsphänomenen gefeit. „Niemand ist unbeeindruckt von dem, was er an Werten wahrnimmt und teilt“, betont sie. Wichtig sei auch, selbstkritisch zu reflektieren, ob beispielsweise Co-Orientierung

„Wer überall das Gleiche liest, hinterfragt nicht.“

vorliege – also ob Themen von Kollegen übernommen wurden. „Das kommt aber eben nicht von oben, sondern alle Medienhäuser funktionieren ähnlich“, so Schielicke. Das sieht auch Stefan Locke, Sachsen-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, so. Regulierung aus den Medienhäusern gebe es nicht. Wichtig sei, dass sich die Chefredakteure bei heftigem Gegenwind hinter ihre Redakteure stellten. Die Haltung müsse man haben, „und das haben die hier in Sachsen auch“, so Locke.



„Die AfD-Berichterstattung ist nicht mehr realitätsgetreu“, sagt er. Gerade die Onlinemedien seien abhängig von Klicks und eher wirtschaftsorientiert. Reißerische Themen kämen an. Vor den Verführungen sei kaum ein Journalist gefeit. „Aber da dürfen wir nicht über jedes Stöckchen springen“, so Locke. Die anfängliche AfD-Berichterstattung sei, wie auch bei Pegida, noch gerechtfertigt gewesen, die Fragen nach Personen und Orientierung beider Bewegungen nachrichtenrelevant. Inzwischen nehme die Berichterstattung jedoch überhand – aus Nichtigkeiten werden Meldungen gemacht. Damit bekommt eine kleine Gruppe besonders viel Aufmerksamkeit: die Lügenpresse-Rufer. Sie befinden sich laut Umfragen in der Minderheit und werden durch regelmäßige Berichterstattung deutlich aufgewertet. Vergleichbar ist das mit Hetze in den Kommentarspalten, wo nur ein bis zwei Prozent der Kommentatoren negativ auffallen und überproportional stark wahrgenommen werden.



Auch in Sachsen, Pegida-Heimstatt und gefühlte Hochburg der Medienkritik, wird die Messlatte an journalistisches Handwerk nicht höher gelegt als in anderen Landesteilen. Umfragen belegen, dass die inhaltliche Kritik überall vergleichbar formuliert wird. „Die Kritiker monieren mangelnde Sachgerechtigkeit“, so Schielicke. Stefan Locke erklärt das mit der Kommunikation und dem Verhalten politischer Institutionen sowie der Polizei: In Sachsen habe sich das Misstrauen über Generationen festgesetzt. „Man schaut hier immer erst mal, wie sich der Hof äußert – vorher sagt auch der Landrat nichts“, sagt er. Die Pressefreiheit sei nicht eingeschränkt, es sei lediglich schwieriger, an Informationen zu kommen. Locke erkennt zudem eine typisch westdeutsche Berichterstattung: Viele ostdeutsche Befindlichkeiten kämen in der Berichterstattung nicht vor, da müsse sich die Branche auch an die eigene Nase fassen.

Der Vorwurf, über Ostdeutschland werde nur in den Schubladen Armut, Rechtsextremismus und Stereotypen berichtet, sei nicht völlig von der Hand zu weisen. Auch mangelnde Recherche sei ein Problem und sorge für Misstrauen. Beispielhaft seien fälschlich mit Dynamo-Dresden-Bildern betitelte Krawallberichte genannt. Für den Osten brauche man kein besonderes journalistisches Konzept, so Locke, man müsse sich aber zumindest auch in Ostdeutschland aufhalten, um sachgerecht darüber berichten zu können. Sein Rezept für solides journalistisches Handwerk: „Hingehen. Person A und Person B befragen. Aufschreiben. Den Leser seine Meinung bilden lassen – und beim Kommentar auch die Stimmung im Land berücksichtigen.“ \\

Juristische Grenzen der Pressefreiheit

Verankert im Grundgesetz und bestätigt vom Bundesverfassungsgericht, ist die Pressefreiheit unbestritten. Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Experte für Medien- und Informationsrecht der Universität Leipzig, erklärt, welche Grenzen es dennoch gibt.

Herr Professor Gersdorf, Deutschland liegt in der aktuellen Rangliste der Pressefreiheit der „Reporter ohne Grenzen" auf Platz 15. Die Liste spiegelt den Grad der Freiheit von Medienvertretern in 180 Ländern wider. Wie steht es in Ihren Augen hierzulande um die Pressefreiheit?
Insgesamt stehen wir im internationalen Vergleich noch sehr gut da. Immerhin ist Deutschland in der Statistik von Platz 16 auf 15 gerückt. Besonders bedenklich ist aber, dass die Arbeit der Presse als Ganzes von Teilen der Gesellschaft abgelehnt wird und auf scharfe Kritik stößt („Lügenpresse", „Systempresse"). Auch sehen sich Journalistinnen und Journalisten in ihrer täglichen Arbeit Anfeindungen ausgesetzt. Schließlich hat das Netzwerkdurchsetzungsgesetz das Umfeld für Meinungsfreiheit nicht gerade verbessert.

Wo befinden sich, kurz zusammengefasst, die juristischen Grenzen der Pressefreiheit und wo ziehen Sie persönlich die Grenze zwischen legal und legitim – soll man alles veröffentlichen dürfen, nur weil man es kann?
Die Freiheit des einen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Dieser allgemeine Grundsatz unserer Verfassung gilt auch für die Pressefreiheit. Die Pressefreiheit genießt grundrechtlichen Schutz, sie findet aber ihre Schranken in den allgemeinen Gesetzen, wozu namentlich die Persönlichkeitsrechte der von der Berichterstattung Betroffenen zählen. Bei der Abwägung kommt es maßgeblich darauf an, ob die Presse Tatsachen oder Meinungen verbreitet. Die Verbreitung von wahren Tatsachen durch die Presse muss der Einzelne grundsätzlich hinnehmen, die von unwahren Behauptungen hingegen nicht. Bei der Berichterstattung der Medien durch Meinungen geht der Schutz der Presse besonders weit. Prinzipiell gilt hier der Grundsatz der „freien Rede".

Erkennen Sie einen möglicherweise historisch begründeten Unterschied in der Bewertung von Demokratie und der daraus resultierenden Pressefreiheit in Ost- und Westdeutschland?
Die traumatischen Erfahrungen mit dem DDR-Regime wirken in Ostdeutschland bis heute nach. Viele Menschen sind besonders kritisch gegenüber dem Staat und auch den Medien eingestellt. Die Befähigung zur Kritik ist zunächst etwas Gutes. Viele Menschen sehen ihre Auffassungen in den Medien nicht oder nur unzureichend widergespiegelt. Die Presse sollte auch hier mehr auf ihre Mediumrolle achten, also ihrer Aufgabe nachkommen, alle gesellschaftlich relevanten Meinungen und Themen darzustellen. Mehr Fakten und weniger Meinungen der Medien täten den Medien gut.

Der an einen ZDF-Journalisten gerichtete Vorwurf „Sie begehen eine Straftat! Sie filmen mir ins Gesicht, das dürfen Sie nicht!" eines Demonstranten am Rande eines Besuchs der Bundeskanzlerin in Dresden hat 2018 medial für viel Gesprächsstoff gesorgt. Ist es Journalisten erlaubt, Bilder von einzelnen Demonstranten ohne deren Erlaubnis aufzunehmen und auch zu veröffentlichen?
Der Einzelne hat kraft seines Persönlichkeitsrechts ein Recht am eigenen Bild. Grundsätzlich dürfen Aufnahmen

Art. 5 Abs. 1 S. 2 Var. 1 Grundgesetz: „(1) […] Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

nur mit Einwilligung des Betroffenen veröffentlicht werden. Von diesem Grundsatz gibt es aber Ausnahmen. Eine Ausnahme besteht für öffentliche Versammlungen. Bilder von Versammlungen, an denen die dargestellten Personen teilgenommen haben, können auch ohne ihre Einwilligung veröffentlicht werden. Allerdings muss die Demonstration als solche gezeigt werden, nicht der Einzelne. Der Einzelne darf nur dann gesondert ins Bild genommen werden, wenn er durch sein Verhalten hierfür Anlass gegeben hat, er dann also selbst von Nachrichtenwert ist.

Wie bewerten Sie aus juristischer Sicht das Verhalten der Polizei in diesem konkreten Fall mit Blick auf den Schutz der Pressefreiheit?

Es gibt gute Gründe, dass der Demonstrant durch den Vorwurf „Sie begehen eine Straftat" selbst den Anlass für die Berichterstattung gesetzt hat. Dann durfte nicht nur die Versammlung, sondern er selbst in den Blickwinkel der Kamera gerückt werden.

Inwieweit überlagern die Persönlichkeitsrechte eines Tatverdächtigen die Informationsfreiheit? Konkret: Wann soll und darf Ihrer Ansicht nach über die Herkunft eines potenziellen Straftäters berichtet werden?

Über die Herkunft von Straftätern darf dann berichtet werden, wenn sie von Informationswert ist. Da die Begehung von Straftaten ein Ausweisungsgrund ist, ist dies bei Ausländern, die keine dauerhafte Aufenthaltsberechtigung in Deutschland haben, der Fall.

Wie verträgt sich eine unmittelbar oder mittelbar „von oben" verordnete inhaltliche Zurückhaltung mit der äußeren und der inneren Pressefreiheit – also dem Widerspruch zwischen zwei Freiheitsrechten, nämlich der Meinungsfreiheit der Journalisten und dem Tendenzschutz der Medienhäuser?

Ob und inwieweit über die Herkunft von Straftätern berichtet wird, entscheidet die Presse in vollständiger Autonomie. „Von oben" kommende Maßgaben gefährden die Pressefreiheit. Die Presse ist allein verantwortlich für ihre journalistische Arbeit.

Auf welche juristischen Facetten des Themas Pressefreiheit muss mit Blick auf die Digitalisierung und das Internet als journalistische, gesellschaftliche und staatliche Instrumente zukünftig mehr geachtet werden?

Datenjournalismus ist die Aufgabe der Gegenwart und Zukunft. Leider steckt er hier in Deutschland noch in den „Kinderschuhen". \\

„Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muss er umfassend informiert sein, aber auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen können, die andere sich gebildet haben. Die Presse hält diese ständige Diskussion in Gang; sie beschafft Informationen, nimmt selbst dazu Stellung und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung."[1]

Prof. Dr. Hubertus Gersdorf

Experte für Kommunikationsrecht und Lehrstuhlinhaber am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Medien- und Informationsrecht an der Universität Leipzig.

1 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, BVerfGE 20, 162, 174 f., sog. Spiegel-Urteil von 1966

Der Wert der Pressefreiheit

Die Pressefreiheit hat einen unschätzbaren Wert, wenn man Demokratie möchte. Es wird niemanden geben, der Pressefreiheit nicht will. Doch sie steht unter Druck, und zwar von verschiedenen Seiten.

Oftmals kritisieren wir mangelnde Pressefreiheit in anderen Ländern wie China oder der Türkei, wo es staatliche Eingriffe und behördliche Zensur sind, die Kommunikationsflüsse beschränken. In Deutschland sind wir von solchen staatlichen Durchgriffen zum Glück weit entfernt. Das Bundesverfassungsgericht hat in der Vergangenheit immer wieder die Pressefreiheit als Abwehrrecht gegen den Staat verteidigt.

Die größte Gefahr für die Pressefreiheit in Deutschland scheint heute von der Straße auszugehen – von Menschen, für die die Medienmacher eigentlich ihre Arbeit tun. 2018 zählte das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) in Leipzig in den ersten achteinhalb Monaten mindestens 22 tätliche Angriffe auf 28 Journalisten und Medienmitarbeiter. „Kameraleute, Reporterinnen und Fotografen wurden geschlagen, getreten, bespuckt oder gestoßen, vereinzelt sogar mit Gegenständen oder Waffen angegriffen", heißt es im jüngsten Report (Betche & Hoffmann 2018). Die allermeisten dieser Vorfälle ereigneten sich auf rechtsgerichteten Versammlungen in Zusammenhang mit Pegida, AfD und ähnlichen Gruppierungen. Höhepunkt waren im Spätsommer 2018 die Ereignisse in Chemnitz, bei denen an einem Tag elf Journalisten angegriffen wurden. Geografischer Schwerpunkt der Übergriffe ist Sachsen mit 13 Angriffen im Jahr 2018. Die aggressiven „Lügenpresse"-Rufe erschallten Ende 2014 auch hier, und zwar in Dresden.

Warum ist Sachsen, warum ist Mitteldeutschland, warum ist der Osten so rechts und so feindselig gegenüber den Medien? Ich glaube, dass ein Teil dieser Antwort in der Vergangenheit liegt, als die Pressefreiheit, die im Osten nach 1989 entstanden ist, recht schnell von Wirtschafts- und Marktfaktoren eingeschränkt wurde. Als im Herbst 1989 die Herrschaft der SED zu Ende ging, wurden in einer Art Pressefreiheits-Frühling in der Noch-DDR bis zum Juni 1990 über 100 neue Zeitungen gegründet. Diese florierende, vielfältige neue Lokalpresse in Ostdeutschland lebte vom Engagement von Bürgerinitiativen und demokratisch gesinnten Journalisten. Zwei Jahre später, im Mai 1992, war sie schon wieder verschwunden.

Über diese Zeit hat die deutsche Historikerin Mandy Tröger an einer US-amerikanischen Universität im letzten Jahr eine bemerkenswerte Studie vorgelegt. Sie hat in Archiven gewühlt, Interviews mit zahlreichen Zeitzeugen geführt und kommt zu dem Fazit: Es waren vor allem die vier größten bundesdeutschen Pressekonzerne, die in Goldgräbermanier den DDR-Markt unter sich aufteilten und dabei entgegen bundesdeutschem Recht agierten: Sie bauten exklusive verlagsabhängige Vertriebsstrukturen auf, fluteten den Osten mit eigenen Publikationen zu Dumpingpreisen und übernahmen die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen, und zwar noch bevor die Treuhand auf dem Plan erschien. Kurzum: Kapitalistische Verlagskonzerne, die argumentierten, dass sie die Pressefreiheit und Demokratie in den Osten brächten, wandelten die alten politischen Zeitungsmonopole der SED kurzerhand in Wirtschaftsmonopole um. Und das alles geschah mit Billigung der Bundesregierung, die aktiv dabei war oder passiv geschehen ließ, was in der Bundesrepublik undenkbar gewesen wäre (Tröger 2018).

Im Osten Deutschlands ist heute in Sachen Medienvielfalt von unten nicht mehr allzuviel zu sehen: Lokal- und Regionalberichterstattung kommt vor allem von ehemaligen SED-Bezirkszeitungen im Besitz westdeutscher Großverlage, von der Bild-Zeitung, aus großen öffentlich-rechtlichen Anstalten und von Privatradios. Dass viele Ostdeutsche mit einer solchen Medienlandschaft fremdeln und eine

Distanz zu dem hier veröffentlichten Meinungsklima verspüren, die bei einigen in Ablehnung umschlägt: Vielleicht erklärt sich einiges davon aus diesen Umständen und ihrer Historie.

Die Medienkonzentration in Deutschland nimmt Jahr für Jahr zu. Immer mehr Medien gehören immer weniger Eigentümern. Gegenwärtig werden etwa 62 Prozent aller verkauften Tageszeitungsexemplare von den zehn größten Verlagsgruppen verlegt (Röper 2018). Hinzu kommt: Pressefreiheit ist nicht die Freiheit des einzelnen Journalisten, der in einem Medienbetrieb arbeitet, sondern die Freiheit des Unternehmers, der ein Medium herausgibt. Pressefreiheit ist Verlegerfreiheit. Die Anzahl und Größe von Medienhäusern hat somit potenziell auch Auswirkungen auf die Vielfalt der veröffentlichten Themen und Meinungen. Zudem wirken in großen, hierarchisch aufgebauten Medienhäusern feine Mechanismen, die dafür sorgen, dass es immer wieder medienübergreifend eine Art Mainstream gibt, einen Gleichklang von Themen und Meinungen, der bestimmte Perspektiven und Interessen hervorhebt und andere vernachlässigt. Wenn ich von „Mainstream" spreche, meine ich damit nicht den Lügenpresse-Vorwurf und auch keine „Gleichschaltung" in dem Sinne, dass Medien von außen gesteuert und gelenkt würden. Ich spreche eher von sanften Einschränkungen der möglichen Vielfalt von Themen und Meinungen, die teilweise mit Marktmechanismen zu tun haben, teilweise mit der Personalauswahl, teilweise mit professionellen Handwerksregeln von Journalisten (vgl. Krüger 2016). Vier solche Faktoren sind:

1. gleiche Nachrichtenfaktoren, nach denen Redaktionen Ereignisse für ihre Berichterstattung auswählen

2. ähnliche politische Grundeinstellungen und Werte in Redaktionen – überproportional häufig gehören Journalisten einem liberal-intellektuellen Milieu an, wodurch konservativ-kleinbürgerliche Werte und prekäre Lebenslagen in deutschen Redaktionen unterrepräsentiert sind

3. gegenseitiges Beobachten von Journalistinnen und Journalisten – sie konsumieren andere Medien, um auf Themenideen zu kommen, um die eigene Position abzugleichen und um die Konkurrenzfähigkeit und Anschlussfähigkeit der eigenen Berichterstattung beim Publikum sicherzustellen

4. Abhängigkeit der Redaktionen von denselben Informationsquellen – weil Medien schnell und kontinuierlich relativ preiswerte Inhalte produzieren müssen, orientieren sie sich häufig an der Themen-Agenda und dem Meinungsspektrum innerhalb der offiziellen Debatten

Wahrnehmungen, Gefühle, Bedürfnisse und Wünsche: Das sind die vier Bestandteile der „Gewaltfreien Kommunikation", eines Konzeptes zur aufrichtigen, nicht-entfremdeten Kommunikation in Konfliktfällen, das der US-Psychologe Marshall B. Rosenberg (2009) entwickelt hat. Wenn Journalistinnen und Journalisten dazu beitragen, Wahrnehmungen, Gefühle, Bedürfnisse und Wünsche von Menschen, die mit ihrem Frust heute von Rechtspopulisten abgeholt (und übrigens betrogen) werden, in den Mainstream-Diskurs zu bringen und ideologiefrei zu verhandeln, dann gibt es nicht nur eine Chance auf die Veränderung verfestigter Einstellungen und Ideologien, sondern auch auf gesellschaftliche Integration in Zeiten von Spaltungstendenzen. \\

Dr. Uwe Krüger

Dr. Uwe Krüger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Lehr- und Forschungsbereich Journalismus an der Universität Leipzig und Mitglied im MDR-Rundfunkrat. Für seine Publikationen „Mainstream" und „Meinungsmacht" wurde er von der Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) mit dem Günter-Wallraff-Preis für Journalismuskritik 2016 ausgezeichnet. Seit 2013 ist er Teil des Experten-Panels von Reporter ohne Grenzen zur Messung der Pressefreiheit in Deutschland.

Autor: Dr. Uwe Krüger

Harter Umgang im Äther

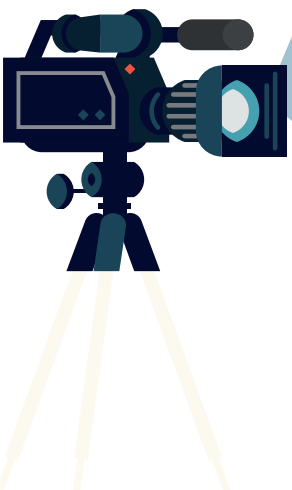
Sendungsbewusstsein und Pressefreiheit in Sachsen: Wie drei private sächsische Lokalfernsehveranstalter die real existierende Pressefreiheit erleben.

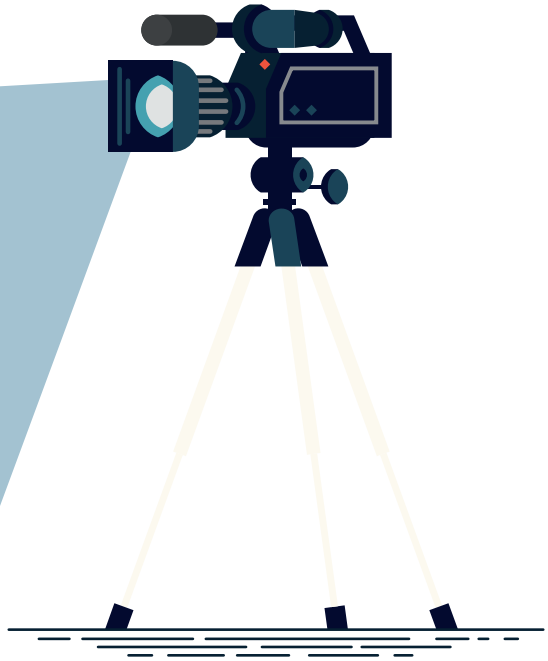
Pressefreiheit – zählt sie noch etwas, sobald Journalisten auf die Straße gehen, um jene zu begleiten, die ebenfalls auf die Straße gehen? themen + frequenzen sprach mit drei sächsischen Lokalsendern über ihre Erfahrungen in der täglichen Arbeit in Meißen, in Dresden, im Erzgebirgskreis, in Flöha und im Chemnitzer Land. Der allgemeine Tenor lautet: Seit dem Migrationsereignis im Jahre 2015 stehen kleine lokale Sender in einem deutlich rauer gewordenen Wind aus allgemeinem Misstrauen der Bevölkerung, indirekter Einflussnahme von Sponsoringpartnern und heftiger Kritik in den sozialen Medien auf Facebook & Co. Aber auch Persönlichkeitsrechte und Lizenzgebühren machen zu schaffen. \\

2015 als Zäsur

„2015 war eine Zäsur für unsere Arbeit. Damals bekam Meißen drei Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge. Für uns war dies – sowie die aufgeheizte politische Auseinandersetzung im Umfeld – Themenschwerpunkt in der Berichterstattung. Einer Berichterstattung, die zu Drohanrufen und Beschimpfungen in den sozialen Medien und auf der Straße führte. Der Generalverdacht der Lügen- und Lückenpresse trifft seit 2015 auch uns kleine Sender. Das Problem: Viele Menschen verstehen das Wesen unserer Arbeit nicht, darunter übrigens auch manche Politiker. Meißens Oberbürgermeister Olaf Raschke hatte versucht, die Berichterstattung aus Stadtratssitzungen zu unterbinden. Als Argument sollte der Datenschutz herhalten … Schwerwiegender sind allerdings indirekte Einflussnahmen auf den Sender – zum Beispiel, wenn Werbeverträge gezielt aufgekündigt werden von Unternehmern, die auf diese Weise bestimmte politische Interessen vertreten oder durchsetzen möchten. Ein aufgekündigter Werbevertrag trifft uns als Sender schwer. Hier sind wir leider verwundbar und müssen dann mit viel Fingerspitzengefühl die Lage austarieren, ohne dass wir unseren Anspruch auf Unabhängigkeit aufgeben. Das Abspringen eines Werbekunden lässt sich allerdings nicht immer vermeiden.“

Matthias Heigl, Chefredakteur und Vorstandsvorsitzender Interessengemeinschaft tv Meissen e.V.





Bespuckt werden in der Pegida-Stadt

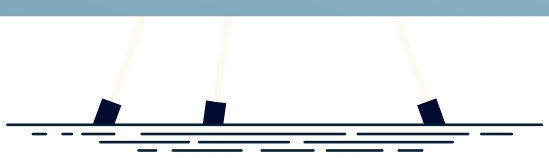
„Hier in Dresden ist die Heimat der Pegida-Bewegung. Das Verhalten gegenüber der Fernsehberichterstattung ist auf den Demos misstrauisch bis aggressiv und unsere Mitarbeiter sind bei Demos auch schon bespuckt worden. Wenn wir heute auf Demos zur Berichterstattung gehen, gehen wir nur noch mit einem Team von mindestens zwei Kollegen. Für viele Demonstranten zählen wir zur Lügenpresse. Mit unserem Namen ‚Dresden Fernsehen' verbinden viele einen öffentlich-rechtlichen Sender und unterstellen von vornherein tendenziöse Berichterstattung. Von öffentlicher oder kommunaler Seite erfahren wir als privater Fernsehsender jedoch keinerlei Einflussnahme. Und im Sport gilt in den vorderen Ligen: Die Lizenzen sind für kleine Fernsehsender unbezahlbar. Bei Dynamo Dresden haben wir zum Beispiel das Nachsehen, weil alle Rechte an große, finanzstarke Sender als Sponsoren verkauft werden."

Anja Polenz,
Geschäftsführerin Fernsehen in Dresden GmbH

Finanzen vs. Freiheit

„Es wird immer teurer und schwieriger, von lokalen Sportveranstaltungen zu berichten. Selbst in den niedrigeren Ligen von Fußball oder Handball sind mittlerweile die Bildrechte an große Sender wie zum Beispiel Sky verkauft. Was das mit Pressefreiheit zu tun hat? Wenn 60 Sekunden Berichterstattung über die Handballsaison des EHV Aue 3.000 Euro Lizenzgebühr kosten, können wir uns das als kleiner Sender nicht leisten. Unabhängig davon, dass wir unsere eigenen Bilder nicht überall auf unseren Kanälen verwerten dürfen. Damit fällt für uns ein Stück Pressefreiheit aus rein wirtschaftlichen Gründen weg. Zudem bemerken wir seit 2015 ein deutlich verschärftes Klima bei öffentlichen Veranstaltungen. Unsere Mitarbeiter wurden auf Demos im Umfeld der Asyldebatte schon angegangen, sodass wir es uns mittlerweile zweimal überlegen, nächstes Mal wieder dabei zu sein. Und selbst wenn wir nicht dabei sind, werden wir beschimpft, ob wir denn nicht berichten ‚dürften'. Und für unser Sendeformat ‚Thema der Woche' haben wir schon die Aufkündigung eines Werbevertrags riskieren müssen, weil ein Sponsoringpartner nicht mehr mit dem Asylthema in Verbindung gebracht werden wollte. Das ist eine indirekte Beeinträchtigung der Pressefreiheit, weil es an unsere finanzielle Substanz geht – auch wenn der Werbepartner natürlich die Wahl hat, ob er sponsert oder nicht."

Mike Bielagk, Geschäftsführer
KabelJournal GmbH, Grünhain-Beierfeld



Mut machen

Die Sächsische Landesmedienanstalt beleuchtete in einer aktuellen Umfrage die Situation der lokalen und regionalen privaten Fernsehveranstalter in Sachsen beim Thema Pressefreiheit. Die Untersuchung realisierte das Leipziger Unternehmen uniQma unter der Leitung von Dr. Andreas Czaplicki.

Pressefreiheit. Das Thema besitzt Brisanz wie nie zuvor. Das war auch bei der Klausurtagung der Sächsischen Landesmedienanstalt (SLM) zum Thema „Bedeutung und Verantwortung lokaler Medien“ am 9. und 10. November 2018 zu spüren. Im Rahmen der Gremienveranstaltung wurden lizenzierte private Fernsehveranstalter geladen und eine von der SLM im Vorfeld beauftragte Umfrage vorgestellt und diskutiert. Neben Aspekten rund um Kongresse, Fortbildungen und Koproduktionen im Filmgeschäft konnten die Befragten Antwort zur Pressefreiheit in ihrer Arbeitspraxis geben. Zum einen wollte die SLM wissen, ob man als lokaler TV-Veranstalter bei der Ausübung seiner Tätigkeit schon einmal behindert wurde. Zugleich interessierte sie sich dafür, wie die SLM die Sender bei dieser Problematik unterstützen könnte. Dr. Andreas Czaplicki vom Leipziger Markt- und Medienforschungsinstitut realisierte die Umfrage, erläuterte die Ergebnisse den Teilnehmern der Tagung und moderierte die Diskussion im Anschluss.

Pressefreiheit – auf diese Weise wurden die Befragten als Lokal-TV-Veranstalter schon behindert (Auswahl):

- Versuch, die DSGVO anzuwenden, um Aufzeichnungen zu unterbinden (Stadtrat)
- verbale Bedrohung, Handgreiflichkeiten am Rande von Demos (Initiative Heimatschutz), Saalverbot (AfD)
- Hetze in sozialen Medien gegen Inhalte und Macher
- Kündigungsandrohung eines Sponsoringvertrags
- körperliche Angriffe auf das Team mit psychischen Folgen
- Drohbriefe und Pöbeleien wegen „Hofberichterstattung“

„Anhand der Antworten und Gespräche erkennt man: Viele Medienvertreter erleben ein neues Spannungsniveau zwischen Bedrohung und Berichterstattung. Die Resonanz dazu: Pöbeleien gegen Journalisten gab es früher auch schon – doch heute wird geschubst, gedroht, angegriffen“, fasst der uniQma-Geschäftsführer zusammen. Die „Großen“ – also Politik und große öffentlich-rechtlichen Sender – stünden in der Kritik, und die kleinen Lokalsender bekämen die Prügel ab, so der Tenor. „Das macht den Job noch schwerer als bisher.“ Neue Problemfelder entstünden außerdem, wenn Journalisten gelegentlich von Stadtratssitzungen ausgesperrt werden oder Werbekunden abspringen, denen die Berichterstattung nicht gefällt oder die dadurch Schaden für ihr eigenes Unternehmen befürchten.

Kann die SLM den privaten Lokal-TV-Veranstaltern in diesem Bereich Hilfestellungen geben? Auch diese Frage wurde im Rahmen der Umfrage gestellt. Viele Ideen gab es dazu, die ebenfalls unter den Teilnehmern der Klausurtagung diskutiert wurden und auf offene Ohren bei den Gremienmitgliedern stießen. „Auf den gemeinsamen Austausch und das Schaffen von Problembewusstsein, das Verständnis für die Sachlage und die gemeinsame Suche nach Unterstützungsmöglichkeiten kam es an“, schätzt Andreas Czaplicki die Tagung ein. „Mut machen ist außerdem wichtig – und ich denke, die SLM wird das in Zukunft weiter verfolgen.“ \\

saek
Sächsische Ausbildungs- und Erprobungskanäle

Aufklärungsprojekt zum Thema Pressefreiheit des SAEK Riesa

#wirsindmehr

Der Artikel 5 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland definiert die Pressefreiheit und ist damit die Grundlage für freie Meinungsbildung und -äußerung in unserer demokratischen Gesellschaft. Die Presse- und Medienfreiheit steht in Deutschland jedoch zunehmend unter Beschuss. Das wurde im letzten Jahr klar, als es wiederholt zu Übergriffen auf Journalisten und Medien kam. Solche Phänomene verdeutlichen: Das Thema Medienkompetenz ist so relevant wie nie und gehört auf die bildungspolitische Agenda.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Chemnitz konzipierte der SAEK Riesa ein Aufklärungsangebot, das sich speziell an Schulen wendet. Damit sollen Lehrerinnen und Lehrer bei der Aufarbeitung von Fragen zu Pressefreiheit und Medienkompetenz unterstützt werden. Themen sind dabei sowohl der Artikel 5 des Grundgesetzes und die Medienvielfalt in Deutschland als auch Aufklärung zur Mediennutzung im Zeitalter des Internets inklusive Fake News und Hass im Netz. Den teilnehmenden Schulklassen werden in Workshops und Projekten diese Themen mit praktischen Beispielen und anhand aktueller Ereignisse nähergebracht.

Das Projekt ist ein Angebot für alle Schulformen und -klassen. Der Auftakt erfolgte am 20. Dezember mit einem ersten Kurs für Abiturienten des Grundkurses Gemeinschaftskunde am Werner-Heisenberg-Gymnasium in Riesa. Der SAEK Riesa hofft auf viele weitere Projektanfragen von Schulen und Bildungseinrichtungen aus der Region. Interessenten können sich über folgende E-Mail-Adresse melden:

riesa@saek.de

SAEK Riesa entwickelt mit Schülern einen demokratischen Schulblog

Demokratiebildung zum Selbermachen

Im Rahmen der bundesweiten Initiative „Openion – Bildung für eine starke Demokratie“ unterstützt der SAEK Riesa das christliche Gymnasium Rudolf Stempel Riesa beim Aufbau eines multimedialen Schulblogs. Zwar gibt es bereits einen Blog der Schule, dieser soll jedoch komplett neu aufgelegt werden. Die Idee ist es, einen demokratischen Schulblog zu kreieren, der unter Einbeziehung verschiedener Medienformen wie Text, Bild und Ton über Themen am Gymnasium berichtet. Es soll jedoch nicht nur informiert werden, sondern auch Demokratiebildung stattfinden. Deshalb werden Themen aus dem Schulalltag mit Demokratiethemen kombiniert. Beispielsweise können sich die mitwirkenden Schüler einen Beitrag über das Miteinander auf dem Schulhof vorstellen. Wie lebt man hier Werte wie Respekt, Toleranz, Offenheit und Gleichberechtigung aus?

Zum 1. November begann das Projekt an der Schule mit einer ersten Redaktionssitzung. Schüler verschiedener Klassenstufen und die Experten des SEAK Riesa erörterten, wie der neue Blog inhaltlich, technisch und optisch gestaltet werden soll. Weitere Redaktionstermine folgen, sodass nach und nach ein demokratischer Schulblog von Schülern für Schüler entsteht.

www.openion.de

saek
Sächsische Ausbildungs- und Erprobungskanäle

Medienbildung ohne Grenzen

SAEK mobil in Sachsen

Wie wichtig medienpädagogische Bildung für Kinder und Jugendliche heute ist, zeigen die zahlreichen Projekte, die regelmäßig in den stationären SAEK stattfinden. Um auch den hohen Bedarf von Kitas, Schulen, Freizeiteinrichtungen und Vereinen im ländlichen Raum abzudecken, wurde nun der SAEK mobil aufgebaut. Er wird vor allem in der Erzgebirgsregion, in Teilen der Oberlausitz, im Raum Mittelsachsen sowie in den Regionen Frohburg, Hoyerswerda und Weißwasser unterwegs sein. Dabei bietet der Standort Döbeln mit seiner zentralen Lage im Freistaat Sachsen einen optimalen Ausgangspunkt für die Unternehmungen mit dem SAEK mobil.

Vivien Schuhknecht leitet die neue Außenstelle in Döbeln und ist für den SAEK mobil verantwortlich. Die 31-jährige studierte Medienwissenschaftlerin berichtet von ersten Erfolgen:
„Glücklicherweise sind wir mit dem SAEK mobil sehr flexibel einsetzbar, im Gegensatz zu den stationären Angeboten, die ihren festen Wirkungskreis haben. Wir fahren genau dorthin, wo wir gebraucht werden. Das Interesse an unserem Vorhaben ist von Anfang an ziemlich groß und wir freuen uns, dass wir schon jetzt viele Projekte umsetzen konnten."

Gleich zu Beginn begeisterte der SAEK mobil zahlreiche Jugendliche an der Talsperre Kriebstein bei Mittweida. Die Deutsche Umwelthilfe veranstaltet hier jährlich das Elbe-Schüler-Camp, bei dem Schülerinnen und Schüler zahlreiche Workshops um die Themen Umwelt und Natur besuchen können. Die Kooperation zwischen der Deutschen Umwelthilfe und dem SAEK ermöglichte den Teilnehmenden in diesem Jahr erstmalig einen Einblick in die Filmproduktion und Storyboard-Entwicklung. In den mehrtägigen Workshops produzierten sie Filme zu umweltpolitischen Themen. Dafür standen Kameras, Licht- und Tonequipment sowie Videoschnittsoftware zur Verfügung. Das Feedback der Jugendlichen war äußerst positiv, denn das Programm des SAEK mobil war eine

„Ich freue mich, dass das mobile Angebot der SAEK gerade bei Jugendlichen so gut ankommt. Denn in Zeiten, in denen fast jeder Jugendliche ein Smartphone hat und die Mehrheit der unter 18-Jährigen bereits in sozialen Medien aktiv ist, ist es wichtig, Medienkompetenz und Medienkritik zu fördern. Eigene Erfahrungen zu machen und Themen unter Anleitung selbst zu erarbeiten, ist da genau der richtige Weg", sagt der Präsident des Medienrates der SLM, Michael Sagurna.

Kinder lernen spielerisch die Medienwelt kennen und sammeln in vielseitigen Workshops eigene Erfahrungen.

saek
Sächsische Ausbildungs- und Erprobungskanäle

Den Teilnehmenden steht modernste Technik zur Verfügung.

Das neue Fahrzeug des SAEK mobil am Standort Döbeln.

gute Ergänzung zu den vielseitigen Inhalten des Elbe-Schüler-Camps.

So profitieren nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch Lehrkräfte vom neuen mobilen SAEK. Um das immer größer werdende Thema „Neue Medien im Unterricht“ professionell pädagogisch vermitteln zu können, müssen Lehrerinnen und Lehrer weitergebildet werden. Denn an vielen sächsischen Schulen ist noch nicht das Wissen im Bereich Medien vorhanden, das für einen zeitgemäßen Unterricht notwendig ist. Hier greift das Fortbildungsangebot des SAEK mobil. Lehrerinnen und Lehrer bekommen einen Einblick in die Medienwelten von Jugendlichen. Die Themen Datenschutz, Persönlichkeits- und Urheberrecht stehen auf der Tagesordnung, Teilnehmende erhalten Ideen für die Einbindung medienpädagogischer Projekte in den Unterricht und diskutieren über die Integration neuer Medien und Technik in der Schule.

Erst kürzlich konzipierte das Team des SAEK mobil an der Freien Schule Boxberg eine komplette Projektwoche und erarbeitete gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern „Smartphone-Nutzungsregeln“. In demokratischen Prozessen wurden diese Regeln gemeinsam erarbeitet und bieten eine Grundlage für den Umgang mit Medien an der Schule.

SAEK mobil
✉ mobil@saek.de

„Ganz egal, ob im handlungsorientierten Projekt oder informativen Vortrag: Wir sind da, wo Medienbildung und Medienkritik gewünscht sind und klären gemeinsam mit Teilnehmenden offene Fragen oder bieten Lösungsansätze“, sagt Dr. Uta Corsa, Geschäftsführerin der SAEK-Förderwerk für Rundfunk und neue Medien gGmbH: *„Dabei liegt unser Schwerpunkt nicht nur auf Kindern und Jugendlichen, sondern auch auf deren Eltern und Betreuerinnen und Betreuern sowie der neuen Zielgruppe aller SAEK, den Erwachsenen.“*

Für Kinder und Erwachsene

Da Medienbildung immer auch Erwachsenenbildung bedeutet, spricht der SAEK mobil neben Kindern und Jugendlichen verstärkt Eltern und Erwachsene an.

Interessierte können sich unter der Telefonnummer 03431 6787403 über das vielseitige Angebot informieren. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich willkommen.

saek
Sächsische Ausbildungs- und Erprobungskanäle

Nachwuchsfilmemacher heimsen Preise ein

Preisregen für den SAEK Plauen

Die neugotische Stadtkirche in Mylau am Fuße der Burg zieht mit ihrem ungewöhnlich hohen Turm schon von Weitem die Blicke auf sich. Nun wurde dem sakralen Bau noch mehr Aufmerksamkeit als sonst zuteil, und zwar dank Viertklässlern der Grundschule Mylau. Deren Film „Mylauer Stadtkirche mit Kamera und Mikrofon entdeckt“, geschaffen in Zusammenarbeit mit dem SAEK Plauen, wurde jüngst mit dem Schülerpreis des Sächsischen Landespreises für Heimatforschung 2018 ausgezeichnet. Das Filmprojekt entstand im Rahmen des vom sächsischen Kultusministerium ausgelobten Wettbewerbs „Kinder stellen ihre Heimat vor“. Am 26. Oktober wurde der Preis durch den sächsischen Staatssekretär Herbert Wolff in Dresden übergeben.

In ihrem Beitrag erzählen die Schüler unter anderem die Geschichte der Kirche nach. So erfährt man, dass die Mylauer 1855 einen Verein gründeten, um den Kirchenneubau zu finanzieren. 32 Jahre lang spendeten die Mitglieder jede Woche mindestens einen Pfennig, bis die benötigte Summe von 133.000 Mark zusammen war. In ihrem Film erkunden die Schüler außerdem den Altarraum und die Silbermannorgel im Inneren der Kirche. Die Dresdner Jury kam in ihrer Laudatio für die Preisträger zu dem Schluss: „Gaben die Mylauer seit 1855 wöchentlich mit einem Pfennig ihren Beitrag für den Kirchenbau, so gabt ihr euren Beitrag in Form von Interesse und Eifer und Disziplin beim Filmdrehen. Die Kirche wie auch die Filme sind ein schöner Beweis dafür, dass am Ende tolle Ergebnisse stehen, wenn man sich gemeinsam für eine Sache einsetzt und alle Register zieht.“ Der Preis ist ein krönender Abschluss für die jungen Heimatforscher, die sich unter Anleitung des SAEK Plauen während des Projektes mit Spaß und Elan an redaktioneller und kreativer Medienarbeit ausprobieren konnten. Von dem Preisgeld in Höhe von 500 Euro strebt die Grundschule Mylau nun einen Schulausflug an.

Doch auch andernorts wurden junge Filmemacher für die Ergebnisse ihrer Arbeit mit dem SAEK Plauen ausgezeichnet. Denn bereits im September 2018 wurde in Halle der „Rundfunkpreis Mitteldeutschland 2018 – Bürgermedien“ verliehen. Ausgezeichnet wurden die besten ehrenamtlichen Radio- und Fernsehmacher und -macherinnen Mitteldeutschlands. Insgesamt sind 142 Beiträge eingereicht worden. Einer davon war der Film „Bin ich ich?“, den Teilnehmer des Winterferienlabors, eines Angebots des Vogtlandtheaters Plauen-Zwickau, unter der Leitung von Steffi Liedtke mit dem SAEK Plauen produzierten. Der Beitrag über Anpassung und Gemeinschaftszugehörigkeit überzeugte die Jury und gewann den ersten Preis in der Kategorie „Nachwuchs Fernsehen“. Das Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro möchte die Abteilung der Theaterpädagogik am Theater Plauen-Zwickau zur Förderung des Nachwuchses verwenden.

Petra Oswald, Maja Wetzel, Victoria Kögler und Sandy Trinkies erhalten den Schülerpreis des Sächsischen Landespreises für Heimatforschung.

Die Gewinnerinnen (v.l. Carolin, Hanna und Nicole) des Rundfunkpreises Mitteldeutschland – Bürgermedien.

Personell aktuell

Who is who in der sächsischen Medienbranche? Wer fängt neu an, wer steigt auf und wer verlässt den Freistaat? Die Rubrik „Personell aktuell“ in der themen + frequenzen weiß es.

Führungswechsel beim Radiosender R.SA

Alexander Kind wird neuer Programmchef

Seit 1. Januar 2019 hat Alexander Kind die Programmleitung bei R.SA in Leipzig inne. Er löste damit Axel Hose ab, der das Programm interimsweise seit März 2018 geführt hatte. Dieser widmet sich wieder seinen Aufgaben als Leiter Programmstrategie der Regiocast, der Muttergesellschaft von R.SA.

Kind ist Radiomacher aus Leidenschaft und kann auf viele Jahre Erfahrung in der Branche zurückblicken. Der gebürtige Brandenburger durchlief in seiner Karriere bei verschiedenen Sendern schon alle Stationen, von Moderation über das Morningshow-Producing bis zur Chefredaktion. Seit 2009 war Kind Programmchef des Berliner Senders Star FM. Parallel dazu ist er seit Anfang der 2000er-Jahre als selbstständiger Berater tätig. In dieser Rolle unterstützt er Radiostationen aus ganz Europa in der Entwicklung ihrer Programmstrategien. Friedrich A. Menze, Geschäftsführer von R.SA, freut sich auf das neue Mitglied in der Führungsriege: „Wir sind überzeugt, dass wir mit Alexander Kind einen ausgewiesenen Radioprofi für die Programmverantwortung von R.SA gewinnen konnten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und die neuen Impulse.“ \\

Alexander Kind

ARiS – Arbeitsgemeinschaft Regionalfernsehveranstalter in Sachsen e. V.

Wiederwahl des Vorstandsvorsitzenden René Falkner

Im November wählte die Arbeitsgemeinschaft Regionalfernsehveranstalter in Sachsen e. V. (ARiS) ihren Vorstandsvorsitzenden. Mit einer breiten Mehrheit wurde René Falkner im Amt bestätigt. Für Falkner, der an der Universität Leipzig Betriebswirtschaft studiert hat, ist es bereits die zweite Amtsperiode. Als langjähriger Geschäftsführer von Leipzig Fernsehen, Dresden Fernsehen, Sachsen Fernsehen Chemnitz und 8Sport ist er in der Branche zu Hause.

Die Arbeitsgemeinschaft Regionalfernsehveranstalter in Sachsen e. V. ist ein Verbund sächsischer Regionalfernsehsender und Medienunternehmen. Als Landesverband ist die ARiS Mitglied im Bundesverband Lokal TV e. V. (BLTV). Dieser ist die Interessenvertretung privater Anbieter von lokalen und regionalen Fernsehprogrammen und Telemedien aus ganz Deutschland und steht im Austausch mit der Bundes- und Landespolitik sowie Partnern der Wirtschaft und Medientechnologie. Auch im BLTV hat Falkner den Vorstandsvorsitz inne. Im kommenden Jahr stehen auch in diesem Gremium Neuwahlen an. \\

René Falkner

Es gibt spannende Personal-News aus Ihrem Haus? Gern nehmen wir Ihre Hinweise auf. Schicken Sie eine E-Mail mit Foto an: tuf@westend-communication.de

Ein tiefgreifender Wandel des Mediensystems

Bedroht die Digitalisierung unsere Demokratie? Verdrängen Fake News zunehmend „gesichertes Wissen“? Oliver Schenk, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, zuständig für Medienpolitik und das Medienrecht in Sachsen, hat Antworten darauf.

Oliver Schenk

Oliver Schenk, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, zuständig für Medienpolitik und das Medienrecht in Sachsen.

Was treibt Sie aktuell in der Medienbranche besonders um und warum?
Ich mache mir über die Akzeptanz journalistischer Medien Gedanken. Weil im Internet der Wettbewerb um die Aufmerksamkeit von uns Konsumenten immer größer wird, verändern sich auch die Inhalte von Medien oder medialen Produkten. Wir leben in einer Zeit der „Verschlagwortung“, der Emotionalisierung und häufig auch ungerechtfertigt starken Personalisierung von Nachrichten. Oft gilt: was man nicht in drei Sekunden erfassen und erklären kann, hat kaum eine Chance, gelesen zu werden. So funktioniert aber unsere immer komplexer werdende Gesellschaft nicht. Journalistische Medien sehen sich zunehmend herausgefordert, wichtige gesellschaftliche Zusammenhänge einem sehr heterogenen Publikum zu vermitteln.

Stichwort „Lügenpresse“: In Sachsen gab es in den letzten Wochen und Monaten infolge der Geschehnisse in Chemnitz offene und bisweilen sogar körperliche Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten bei Demonstrationen. Medienvertreter fühlen sich von Demonstranten bedroht, können nicht frei berichten. Und sie fühlen sich von der Polizei nicht ausreichend geschützt. Denken Sie, dass Sachsen ein Problem mit der Pressefreiheit hat?
Nein, das hat Sachsen ganz sicher nicht. In Sachsen gilt die Meinungs- und Pressefreiheit wie überall in Deutschland und dafür stehen die Sächsische Staatsregierung und auch die Polizei Sachsen klar ein.

Auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hat sich zu den Ereignissen rund um Chemnitz geäußert und dabei in seiner Regierungserklärung einige Medien und deren Berichterstattung kritisiert. Welche Bedeutung haben kritische Töne zur Berichterstattung und inwieweit ist eine Medienkritik berechtigt? Wie müssen sich Medien, Staat und Gesellschaft aufstellen, um Dissonanzen zu vermeiden?
Die Kritik an Medien muss so erlaubt sein wie die Kritik durch Medien. Beides darf kein Reflex und kein Selbst-

zweck sein. Die ganz überwiegende Anzahl von journalistischen Medien arbeitet sauber nach den Grundsätzen, die für die journalistische Arbeit gelten. Wie ich eingangs sagte, gibt es einen stark zunehmenden Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Konsumenten. Dabei verschwimmen zunehmend die Grenzen. Von manchen medialen Produkten ist die Quelle unklar, wieder andere arbeiten gar nicht nach journalistischen Grundsätzen, sind Meinungsportale oder übernehmen ungeprüft Informationen aus anderen Quellen. Zudem geschieht dies alles in hoher Geschwindigkeit, quasi gleichzeitig mit laufenden Ereignissen. Und so dominieren – wie teilweise im Fall von Chemnitz – oft nicht mehr die eigentlichen Anlässe, sondern bereits die Meinungen über die Geschehnisse die gesellschaftliche Debatte. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, dass es deshalb von besonderer Bedeutung ist, sorgfältig hinzuschauen und sich ein objektives Bild zu machen. Er hat klar adressiert, was stattgefunden hat, aber er hat auch deutlich gemacht, was nicht.

Das klingt, als bedrohe die Digitalisierung unsere Demokratie? Man könnte den Eindruck gewinnen, dass in einer digitalen Gesellschaft Fake News oder Falschmeldungen zunehmend „gesichertes Wissen" verdrängen. In Zeiten von Fake News, Chatbots und Cyberangriffen stehen verstärkt auch die Risiken, die die neuen Möglichkeiten mit sich bringen, im Fokus.

Die Digitalisierung ist Teil unseres Lebens, der damit einhergehenden Internationalisierung und Globalisierung. Sie ist von uns Menschen gemacht und keine Erscheinung, die quasi über uns gekommen ist. Die Menschen sehen die riesigen Chancen der Digitalisierung und sie werden sie auch nutzen, davon bin ich überzeugt. Richtig ist, dass die Digitalisierung in ausnahmslos allen Bereichen des Lebens traditionelle Abläufe, die Geschwindigkeit unseres Informationszeitalters und auch die Inhalte, mit denen wir uns befassen, verändern wird. Sie ist damit nicht nur technisch und wirtschaftlich, sondern auch philosophisch die größte Herausforderung unserer Zeit. Und deshalb müssen wir uns in allen Bereichen unseres Lebens, der Wissenschaft und Forschung, der Industrie, der Dienstleistungsbereiche, der staatlichen Verwaltung und eben auch des Medienbereiches damit befassen. Wenn wir uns über den Erhalt der Demokratie Gedanken machen, dann gehört eine gute Bildung unbedingt dazu. Sie muss die Chancen und Risiken der Digitalisierung aufnehmen, schon jungen Menschen helfen, zu analysieren und eine eigene belastbare Meinung zu bilden. Wir haben es mit dem Digitalpakt Schule, den wir Länder mit der Bundesregierung verhandeln, in der Hand, dafür die richtigen Weichen zu stellen.

Die Digitalisierung ist für die Medienbranche eine große Herausforderung: Informationen lassen sich heute überall auf der Welt online bereitstellen und abrufen. Journalisten verlieren ihren Status als Experten, die einen Vorsprung an Information, Wissen und Fakten haben und näher am Diskurs dran sind. Welche Tendenzen sehen Sie?

Das kommt maßgeblich auf die Definition von Medien an. Sprechen wir von journalistischen Medien, ist das etwas völlig anderes als redaktionelle oder sonstige mediale Produkte. Ich sage es mal so, es wird immer journalistische Produkte geben. Bei uns in Deutschland sind das sowohl öffentlich-rechtliche als auch private Veranstalter. Sie bilden für mich die Grundlage des öffentlichen gesellschaftlichen Diskurses. Aber nicht nur sie. Die Rolle der bisherigen klassischen Medien war und ist, eine Auswahl zu treffen, Nachrichten zu wichten, aufzubereiten und einzuordnen. In gewisser Weise das Gespräch der Gesellschaft mit sich selbst zu moderieren. Hinzu kommen nun eine Vielzahl von sozialen und sonstigen Medien und mit deren Algorithmen neue „Schall- und Echokammern" für bestimmte Interessen. Beide Entwicklungen werden sich vertiefen, das sage ich ganz wertfrei, die Anbieter werden sich weiter spezialisieren, die Inhalte sich weiter fokussieren. Das wird langfristig betrachtet einen tiefgreifenden Wandel auch des deutschen Mediensystems zur Folge haben. Deshalb halte ich es für wichtig, dass wir einen qualitativ hochwertigen, auskömmlich beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk ermöglichen. Das Bundesverfassungsgericht hat jüngst erst wieder seine wichtige Aufgabe hervorgehoben. Sorgfältig recherchierte Fakten können und müssen gerade in der heutigen Zeit auch weiterhin eine Orientierungshilfe bei der Vielzahl an Informationen bieten und es den Adressaten ermöglichen, richtige von unrichtigen Inhalten zu unterscheiden. \\

Journalismus 4.0

Am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig ist der neu konzipierte Masterstudiengang Journalismus mit dem Wintersemester gestartet – mit einem Konzept, das in dieser Form einzigartig in Deutschland ist.

Prof. Dr. Markus Beiler

Leiter des Studiengangs Master of Science „Journalismus" am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig.

„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne." Ein geflügeltes Wort, um einen Neubeginn willkommen zu heißen. Auch Prof. Dr. Markus Beiler hatte mit dem Gedanken gespielt, die Einführungsveranstaltung des reformierten Masterstudiengangs Journalismus an der Universität Leipzig mit diesem Zitat zu beginnen. Doch er entschied sich dagegen. Ganz bewusst.

Denn der Satz ist zu klassisch. Eine Konnotation, die so gar nicht zur neuen Ausrichtung des Masterstudiengangs am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft passen möchte. Der auf drei Jahre angelegte Masterstudiengang plus Volontariat verbindet die Vermittlung journalistischen Handwerks mit IT- Kompetenzen und angewandter Journalismusforschung. Mit der zusätzlichen Integration von Projektarbeit und Praxispartnern ist der Studiengang damit alles andere als klassisch aufgestellt, sondern einzigartig in Deutschland.

„Wir hatten bei dem Studiengang einen inhaltlichen Reformstau", zeigt sich der neue Studiengangsleiter Prof. Dr. Beiler selbstkritisch. „Daher war es Zeit, ganz neu anzusetzen und unsere Kompetenzen in der Gegenwart mit einer Orientierung in die Zukunft zu verbinden." Gerade die Integration von IT-Grundkenntnissen sei bundesweit ein Novum in der Journalistenausbildung. „Digitale Formate prägen heute und in Zukunft den Journalismus – deshalb brauchen unsere Studenten deren Basics im Ausbildungstornister."

Ein Konzept, das offenbar überzeugte. Für den Neustart zum Wintersemester 2018/2019 bewarben sich 101 Interessenten, von denen 25 die Zusage erhielten. Sie entschieden sich für eine vertiefende Ausbildung in Zeiten, in denen die Presse unter öffentlichem Druck steht. „Die Pressefreiheit war mit das erste Thema, das ich mit den neuen Studierenden besprochen habe", erzählt Prof. Dr. Beiler aus dem Lehrbetrieb. „Der Vertrauensverlust in ihre zukünftige Arbeit beschäftigt die Studierenden spürbar, sodass wir dieses Thema immer wieder aufgreifen werden." \\

Die drei Säulen des neuen Masterstudiengangs Journalismus an der Universität Leipzig:

Säule 1: **Theoretische und praktische Vertiefung journalistischer Kenntnisse und Arbeitsweisen**

Säule 2: **Informatikwissenschaftliche Grundkenntnisse des digitalen Journalismus**

Säule 3: **Kompetenzen der angewandten Sozial- und Journalismusforschung**

Brainpool für kommende Profis

Der Studiengang Medienmanagement verbindet an der Hochschule Mittweida crossmediale Kompetenzen – spannend, praxisorientiert und innovativ.

Moderne Kampagnenentwicklung, Filmnachbearbeitung, E-Sports, Virtual Reality, Fake-News-Check, Chatbots, Soundbranding – die Panels und Workshops des Medienforums Mittweida Mitte November 2018 waren gespickt mit Themen und Experten, die die innovativen Trends der Medienwelt von morgen greifbar machen. Wem es bisher nicht klar war, der wusste es spätestens beim Blick auf das Kongressprogramm: Die Branche ist so breit und spezialisiert wie nie zuvor. Grund genug für die Hochschule Mittweida, mit dem Studiengang Medienmanagement ein Lehrangebot zu realisieren, das diese Facetten abdeckt und zugleich die Studenten zügig ins Praxiswasser wirft.

Der akkreditierte Studiengang, der ohne Studiengebühren mit einem Bachelor nach sechs Semestern endet, vermittelt in den ersten beiden Semestern sinnvolles Basiswissen von Content über Design bis Medien-BWL. Ab dem dritten Semester konzentrieren sich die Studenten dann auf eine von vier Fachrichtungen:

Fachrichtung 1: Digital Media & Journalism für angehende Journalisten, Creative Directors, PR-Profis, Blogger und Moderatoren

Fachrichtung 2: Media Production für kommende Regisseure, SFX-Artists, Grafiker, Designer, Kameramänner und Aufnahmeleiter

Fachrichtung 3: Media & Sports für spätere Eventmanager, Sportjournalisten, Sportmanager und Sport-Producer

Fachrichtung 4: Media & Economics für zukünftige Producer, Produktionsleiter, Produktionsmanager und Geschäftsführer

Wissen vom Schreibtisch zur Schulbank

Das große Plus des Studiengangs Medienmanagement: neben einem hochqualifizierten Lehrpersonal werden gezielt Experten aus der Praxis im Lehrplan integriert, die Wissen und Fallbeispiele direkt vom Schreibtisch zur Schulbank mitbringen. Auffallend und überzeugend ist in Mittweida zudem das Prinzip, die Studenten sehr schnell eigenverantwortlich „in das Doing" zu bringen, wie man gerne sagt. Sprich: sie können sich in der Fotografie und Aufnahmeleitung versuchen, Booking für Events übernehmen oder selbstständig in Projekten aus den Bereichen Print, Web, Radio und Fernsehen arbeiten. Auch bei der Umsetzung des erwähnten Medienforums, des größten von Studenten organisierten Medienkongresss Deutschlands, sammeln sie Praxiserfahrung. Als Abschlussarbeit erarbeiten sie ab dem fünften Semester eine crossmediale Werbekampagne für Organisationen und Vereine, in der sie alle Kompetenzen bündeln müssen. Im letzten Semester folgen die Bachelorarbeit und ein Praktikum – häufig genug bereits das Sprungbrett in den ersten Job. Und wer weiß: der ein oder andere wird zukünftig als Experte seines Spezialgebiets sein Wissen an die nächsten Studenten weitergeben. \\

Das Medienforum Mittweida ist der größte von Studenten organisierte Medienkongress Deutschlands. Seine Umsetzung gehört zum Praxisteil des Studiengangs Medienmanagement.

Werbeverbote, Medien und der „mündige Verbraucher“

Werbeverbote: paternalistische Aushöhlung der Meinungs- und Medienfreiheit?

Privatwirtschaftliche Medien sind existenziell auf Werbung angewiesen. Gesetzliche Werbebeschränkungen gefährden ihre wirtschaftliche Grundlage. Sie beschränken grundrechtliche Freiheit. Auch kommerzielle Werbung fällt unter den Schutz der Meinungsfreiheit – so auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte: „Der eigentliche Gehalt der Meinungsfreiheit ist das Recht, Nachrichten und Meinungen zu empfangen und mitzuteilen. Die kommerzielle Werbung steht in direktem Zusammenhang mit dieser Freiheit“ (Urteil vom 05.03.2009 – Nr. 26935/05). Allein dies entspricht auch dem Schutzzweck der Kommunikationsfreiheiten des Grundgesetzes. Jegliche freiheitliche Ordnung, auch in Teilbereichen wie dem der Wirtschaftsfreiheiten, setzt freie Kommunikation für eben diese Teilbereiche voraus. Dem Schutzzweck des Artikels 5 Absatz 1 Grundgesetz entsprechen daher freier Informationsfluss und freie Kommunikation auch im wirtschaftlichen Bereich. Zunehmend sieht Werbung sich jedoch restriktiven Tendenzen ausgesetzt. Werbung für Tabakerzeugnisse ist nahezu vollständig, Werbung für alkoholische Getränke weitgehend untersagt, weitere Restriktionen für „gefährliche“ oder „schädliche“ Produkte sind angedacht, besonders auf europäischer Ebene. Sie sind, zumindest vordergründig, getragen von der Besorgnis des Gesetzgebers um das Wohl des Bürgers. Ein Übermaß an Fürsorge allerdings kann grundrechtliche Freiheit erdrücken. Aktuelle Gesetzesinitiativen haben noch weitergehende Einschränkungen der Tabakwerbung zum Gegenstand; sie soll praktisch vollständig untersagt sein (Bundestags-Drucksache 19/1878 und 19/2539). Dabei geht es nicht nur um Tabak: ein vollständiges Werbeverbot hätte zweifellos Pilotfunktion für weitere Bestrebungen, Werbung und ganz allge-mein marktbezogene Kommunikation zu reglementieren, sei es für „ungesunde“, sei es für umweltschädliche oder anderweitig unerwünschte Produkte, und damit den Weg zu bereiten weg vom Leitbild des mündigen Verbrauchers und hin zum fürsorglich bevormundenden Staat. Nicht zuletzt für das Recht der EU werden zu Recht Tendenzen zu einer schleichenden, paternalistischen Aushöhlung der Mei-nungs- und Pressefreiheit konstatiert. Dies verleiht Restriktionen in der Freiheit zur Marktkommunikation hohe Meinungsrelevanz.

Gesundheitsschutz und Schutz vor Selbstgefährdung

Gesundheitsschutz ist zweifellos ein verfassungsrechtlich legitimes Anliegen des Gesetzgebers. Anders als beim Nichtraucherschutz auf der Grundlage staatlicher Schutzpflichten gegenüber den Gefahren des passiven Rauchens geht es beim Verbot der Werbung aber in erster Linie um den Schutz des Adressaten der Werbung vor sich selbst. Es macht einen entscheidenden Unterschied, ob der Gesetzgeber Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit vor den Auswirkungen des Passiv-rauchens und damit vor Risiken und Gefahren aus dem Verhalten Dritter – der Raucher – treffen oder aber den – volljährigen – Bürger vor Selbstgefährdung schützen, ihn als erwachsenen, „mündigen“ Verbraucher vor der Konfrontation mit Werbebotschaften bewahren will. Und auch das legitime Anliegen des Jugendschutzes rechtfertigt keine unverhältnismäßigen Eingriffe auf der Grundlage nicht gesicherter Wirkungszusammenhänge.

Privatautonomie und Kommunikationsfreiheit vs. staatliche Fürsorge

Derartige Tendenzen staatlicher Fürsorge in der Gesetzgebung stehen im Widerspruch zu grundrechtlicher

Prof. Dr. Christoph Degenhart

1992	*Gründungsprofessor am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, jetzt Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Medienrecht, Juristenfakultät Leipzig*
1998–2010	*Mitglied des Medienrates der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM)*
SEIT 2010	*Richter am Sächsischen Verfassungsgerichtshof*

Privatautonomie. Es hieße grundrechtliche Schutzpflichten missverstehen, wollte man sie als „Ermächtigung für den fürsorglich bevormundenden Staat“ auffassen. Zwar mag es ein legitimes Anliegen des Gesetzgebers sein, „Menschen davor zu bewahren, sich selbst leichtfertig einen größeren persönlichen Schaden zuzufügen“ (BVerfG, B.v.22.12.2011 – 1 BvR 2007/10). Doch bringen derartige gesetzliche Maßnahmen darüber hinaus eine prinzipielle staatsseitige Missbilligung bestimmter – legaler und grundrechtlich geschützter – Verhaltensweisen zum Ausdruck, wollen gesellschaftliche Auffassungen beeinflussen. Beschränkungen und Verbote sind unabhängig davon, inwieweit sie unter Gesichtspunkten der Suchtprävention gerechtfertigt sein mögen, zumindest objektiv darauf ausgerichtet geeignet, eine Pflicht oder doch Obliegenheit zum „guten Leben“ zu suggerieren. Nicht nur durch unmittelbare Verbote missbilligter Verhaltensweisen wird hier der Weg zur fürsorglichen Bevormundung vorgezeichnet, sondern auch durch mittelbare Einflussnahme auf den Prozess freiheitlicher Kommunikation, in den einzugreifen sich der Gesetzgeber, auch und gerade der europäische Gesetzgeber tunlichst zurückhalten sollte. \\

www.christoph-degenhart.com

Der Beitrag beruht teilweise auf einer gutachtlichen Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung vor dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestags am 10.12.2018.

Durchgestartet dank Pilotprojekt

DAB+ ist auch für kleinere Regionen die richtige Technologie. Davon ist nicht nur die SLM überzeugt, sondern auch die BCS, die gleich drei neue Programme auf den Weg brachte.

Das Schwesterprogramm von Radio Erzgebirge läuft seit gut einem Jahr erfolgreich über DAB+.

Am 31. Januar 2018 dürfte im digitalen Kalender von Martin Deitenbeck, Geschäftsführer der Sächsischen Landesmedienanstalt, in großen Lettern das Wörtchen „STARTSCHUSS!!!“ gestanden haben. Denn an jenem Tag starteten in Leipzig 15 und in Freiberg 12 digital-terrestrische DAB+-Radioangebote privater Rundfunkveranstalter.

Die Sächsische Landesmedienanstalt mit Michael Sigurna als Präsident des Medienrats förderte mit einem Pilotprojekt die lokalen DAB+-Multiplexe, die in den beiden sächsischen Städten errichtet worden waren. „Solche lokalen Multiplexe sind eine teure Angelegenheit und technisch aufwendig. Deshalb haben sie sich in Deutschland noch nicht so richtig durchgesetzt“, vermutet Deitenbeck, der sich zugleich im Fachausschuss Netze, Technik und Konvergenz der Medienanstalten einbringt. „Daher hatte der Medienrat der SLM im Jahr 2017 beschlossen, zwei Multiplexe auf lokaler Ebene als Pilotprojekte zu fördern. Damit möchten wir für maximal zwei Jahre testen, ob T-DAB-Rundfunknetze für den lokalen Einsatz geeignet sind.“ Auch gelte es zu beobachten, wie wirtschaftlich solch ein Engagement sei und wie lokale digitale Angebote akzeptiert werden würden. Deshalb hatte die SLM die Übertragungskapazitäten für Veranstalter von Rundfunk und Anbieter von Telemedien ausgeschrieben.

Die Resonanz war groß, und am Ende konnten sich summa summarum 15 Rundfunk- und Internetanbieter die Kapazitäten sichern. Einer der Anbieter ist die BCS Broadcast Sachsen GmbH & Co. KG. Ihren beiden Lokalradios „Radio Erzgebirge – Wir lieben das Erzgebirge“ und „Radio Leipzig“ gönnte die BCS auf DAB+ jeweils Schwesterprogramme. Seitdem wird „Radio Erzgebirge 2“ in Freiberg auf DAB+ ausgestrahlt, während es mit „Radio Leipzig 2“ eine lokale Variante für Leipzig gibt. „Beide Programme sprechen im Vergleich zu den Erstprogrammen eher eine ältere Zielgruppe an“, weiß Tino Utassy, Geschäftsführer der BCS. Helene Fischer wirds ihm also danken. Denn in die Lokalradios schafft sie es sonst selten, doch im Zweitprogramm finden sie und andere Künstler der Sparte ihren Platz. „Ansonsten verwerten wir natürlich auch Inhalte des Erstprogramms – schließlich sind sie ja bereits vorhanden und erstklassig aufbereitet für den Sendebetrieb.“

Doch BCS zielte nicht nur auf ältere Semester, sondern ging in Leipzig auch den Weg in die entgegengesetzte Al-

Das Team von „Radio Leipzig 2“ sendet wie auch das Team von „Radio Erzgebirge 2“ ein Programm für die ältere Zielgruppe.

tersrichtung. Mit „Leipzig Beatzz“ zollt der Programmmacher der Hochburg für elektronische Musik Tribut und bringt unter dem Slogan „Deine Stadt, deine Beatzz“ ein Jugendradio an den Start, bei dem vor allem Sets von Leipziger DJs aus den Bereichen Electro, Dance, Chill House, Black und R’n’B auf der Soundagenda stehen. „DAB+ möchten wir als Chance nutzen, wieder die jüngere Generation zu erreichen, die uns zuletzt als Radiopublikum doch verloren gegangen ist“, erklärt Tino Utassy dieses Projekt. Das funktioniere bis dato sehr gut, „da jüngere Menschen in dem Sektor ohnehin ständig Musikangebote suchen und digitale Technologien für sie Alltag sind.“

Solche vielfältigen Angebote können der DAB+-Technologie dabei helfen, den kommerziellen Durchbruch auch auf lokaler Ebene zu schaffen. Die Zeichen dafür stehen gut: schließlich sind Leipzig und Freiberg dank der kommerziellen Multiplexe im Standard DAB+ nun in der ersten Liga der Digitalradiovielfalt, in der es deutlich mehr Sender und Angebote gibt als über UKW. Das soll auch nach Ende des Pilotprojekts so bleiben. Warum auch nicht – Anbieter wie die BCS können dann in den Regelbetrieb übergehen und würden für ihre DAB+-Lizenz lediglich 3.600 Euro pro Jahr bezahlen. Zum Vergleich: Allein für die Frequenz von Radio Leipzig bezahlt die BCS nach eigenen Angaben jährlich 70.000 Euro. DAB+ ist also für alle Beteiligten der richtige Schritt in Richtung Radio der Zukunft. \\

Unter dem Motto „Deine Stadt, deine Beatzz“ sendet das Jugendradio „Leipzig Beatzz“ für die jüngere Zielgruppe auf DAB+.

Plattform für Deutschland

Das TV-Angebot der Telekom erfreut sich wachsender Beliebtheit. Über drei Millionen Kunden nutzen es schon und der Digitalisierungsbericht zeigte einmal mehr, dass IPTV der Reichweitengewinner schlechthin ist und starke Nutzerzuwächse verzeichnen kann.

Viele Jahre war das IPTV-Angebot der Telekom unter dem Namen EntertainTV bekannt und konnte dank seiner intuitiven Benutzung mit vielen Zusatzfunktionen sowie der offenen TV-Plattform bei den Nutzern, aber auch bei den Anbietern punkten. Allerdings stand häufig die Frage im Raum, warum das Angebot den Namen EntertainTV trägt. Schließlich hat der deutsche Konzern den Rest seiner Produkte mit dem Namen Magenta versehen. Fest- und Internetkunden finden ihre Produkte unter den Bezeichnungen Magenta S, M und L und Mobilfunkkunden werden über das Produkt Magenta mobil bedient. Um diese Marke weiter auszubauen, wurde am 24. Oktober auch das TV-Angebot umbenannt. Ab sofort ist es unter dem Namen MagentaTV mit zahlreichen neuen Inhalten und Funktionen zu finden. Auch die regionale TV-Vielfalt wird stetig ausgebaut.

Was ändert sich

In erster Linie ändert sich nur der Name. Stammkunden müssen weder eine Preiserhöhung befürchten noch die Reduzierung von Funktionen auf dem Entertain-Receiver. Ganz im Gegenteil, der Funktionsumfang wird sogar noch erweitert, doch dazu etwas später.

Der Entertain-Receiver wird per Update zur Magenta-Box aufgerüstet. Dadurch wird die Oberfläche der Marke angepasst. Das Update geschieht vollautomatisch und wird schrittweise ausgerollt, sodass nicht jeder Nutzer direkt seit dem 24. Oktober auch die MagentaTV-Oberfläche hat, sondern diese erst etwas später erhält.

Neue Funktionen

Natürlich wäre es für die bisherigen Nutzer von EntertainTV schon etwas unspektakulär, wenn MagentaTV so ganz ohne Neuerungen außerhalb des Designs daherkäme. Dem ist auch nicht so, denn das neue TV-Angebot der Telekom wartet mit Neuerungen auch für Bestandskunden auf. So lässt sich die Startseite, mit der der Receiver nach

EntertainTV der Telekom wird zu MagentaTV mit erweitertem Funktionsumfang für Bestandskunden.

dem Hochfahren anfängt, individuell gestalten. Die Telekom setzt dabei auf die Mitgestaltung des Nutzers und lässt ihm freie Wahl, welche Inhalte er dort platziert. Unter anderem ist es möglich, die abonnierten VoD-Angebote – egal ob Amazon, Videoload, Netflix oder Maxdome – direkt in den Startbildschirm zu integrieren. Auch das Telekom-Sport-Angebot lässt sich hier einbauen. Somit soll es dem Nutzer noch schneller möglich sein, sein Wunschprogramm zu starten. Außerdem haben Nutzer mithilfe der Funktion „Jetzt weiterschauen" alle Filme, Serien oder TV-Shows im Blick, die angefangen, aber noch nicht zu Ende geschaut wurden.

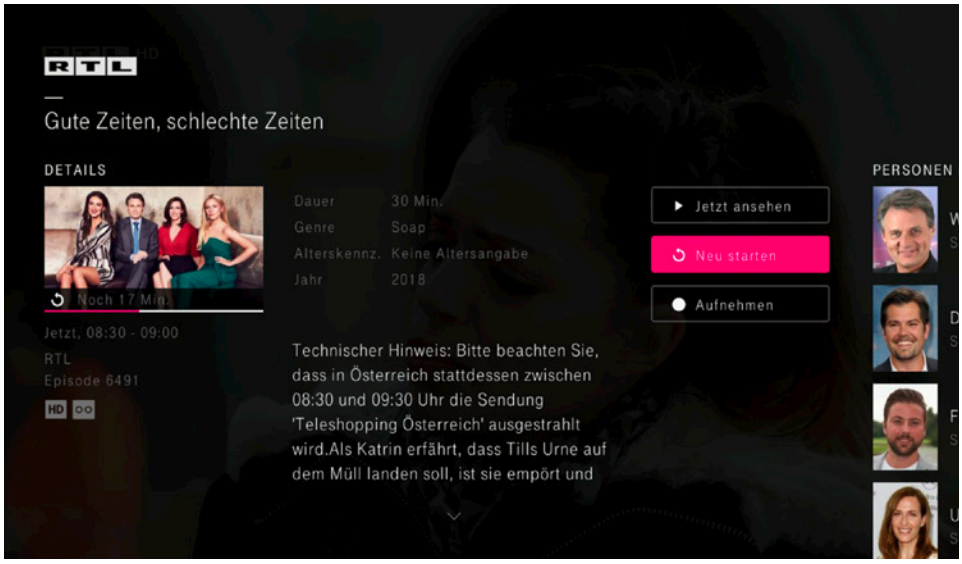
Qualitätssuche

Die neue Suchfunktion ermöglicht Kunden zudem über alle Kanäle und Anbieter hinweg, den für sie relevanten Inhalt einfach und schnell zu finden. Dies ist ein echter Mehrwert, da somit die VoD-Dienste und das lineare TV gleichermaßen nach einem Suchwort durchforstet werden können. Der MagentaTV-Kunde bekommt laut Anbieter viel mehr Suchergebnisse geliefert als Nutzer anderer Plattformen. Möglich ist dies auch nur aus dem Grund, dass jeder Anbieter von Inhalten bei der Telekom willkommen ist. Innerhalb der Pressekonferenz betonte Wolfgang Elsäßer, TV-Chef der Telekom, deshalb auch noch einmal, dass Programmanbieter, aber auch Anbieter von VoD-Angeboten auf der MagentaTV-Plattform keine Einspeisegebühren entrichten müssen, wie es beispielsweise die Kabelnetzanbieter forcieren.

Stefan Goedecke

Stefan Goedecke ist Medienunternehmer und Verleger aus Leidenschaft. Von Beginn an begleitet er die Digitalisierung der Medienlandschaft in Deutschland und ist dabei kompetenter Ansprechpartner für Industrie und Medien. Mittlerweile entstanden ein Dutzend Zeitschriften- und diverse Onlineprojekte gebündelt im Leipziger Auerbach Verlag.

sg@av.de



Die Programmauswahl bei MagentaTV ist enorm mit vielen beliebten Klassikern.

Mehr Inhalte

Apropos Inhalte: Hier kann MagentaTV noch einmal mit einer Überraschung aufwarten. Mit dem Take-off des Dienstes ging auch die neue Megathek an den Start. Nein, es ist kein Schreibfehler, das neue Abrufangebot der Telekom heißt Megathek und enthält über 8.000 Inhalte der öffentlich-rechtlichen TV-Anbieter ARD und ZDF. Dabei handelt es sich um zusätzliche Inhalte, die aktuell via Mediathek der Anstalten nicht zugänglich sind und somit länger als 30 Tage nicht im linearen TV-Programm der Sender ausgestrahlt wurden. Die Telekom hat diese Inhalte, zu denen beliebte Serien, Dokumentationen, Shows und Filme gehören, bei den Anbietern eingekauft und stellt diese in der neu geschaffenen Megathek ihren Zuschauern bereit. Somit werden die Vorgaben des Rundfunkstaatsvertrages erfüllt.

Unter ARD Plus und ZDF select sowie ARD Plus Kids und ZDFtivi select finden MagentaTV-Kunden ab sofort mehr als 8.000 Titel, darunter viele beliebte Formate wie zum Beispiel „Ku'damm 56", „Polizeiruf 110" oder „Unsere Mütter, unsere Väter". Diese sind ohne zeitliche Begrenzung abrufbar. Zusätzlich bietet MagentaTV das größte „Tatort"-Archiv. Rund 200 Folgen des Krimiklassikers sind bereits zum Start abrufbar, 200 weitere Folgen kommen schrittweise hinzu. Ein besonderes Highlight für die jüngsten Kunden bieten die Mediatheken ARD Plus Kids und ZDFtivi select – mit mehr als 2.500 qualitativ hochwertigen und werbefreien Angeboten. Alle Inhalte werden kontinuierlich aktualisiert und erweitert.

Megathek mit weiteren Angeboten

Die Megathek ist ein zentrales Element von MagentaTV und bietet laut Anbieter über die vorgestellten Angebote hinaus noch mehr. Sie vereint die exklusiven Inhalte von ARD Plus, ZDF select, die Inhalte des Serienportfolios, die exklusiven Telekom-Serien sowie die neuen Co- und Eigenproduktionen wie zum Beispiel „Deutsch-Les-Landes".

Komfortfunktionen

Außerdem stehen auch unter MagentaTV die von EntertainTV bekannten Zusatzfunktionen wie etwa Replay und Restart zur Verfügung. Letztgenannte ist sehr beliebt bei den Zuschauern, da so im laufenden Programm eine Sendung neu gestartet werden kann. Wenn man am TV-Abend doch einmal sich anfänglich fürs falsche Programm entschieden hat, kann man so zum nächsten Sender zappen und die dort ausgestrahlte Sendung neu starten. Die Inhalte werden in diesem Fall individuell für den Nutzer gestreamt.

Regional-TV an Bord

Großes Potenzial bietet die Plattform auch im Bereich regionale Vielfalt. Neben überregionalen TV-Veranstaltern bietet die Telekom regionalen Programmen die Möglichkeit, ihre Lokal-TV-Programme via MagentaTV zu verbreiten. Bei den sächsischen Lokalprogrammen wird dies schon gut genutzt. Mit Chemnitz Fernsehen, Leipzig Fernsehen und Dresden Fernsehen sind die Programme der Metropolen vertreten. Aber auch Sender aus den ländlichen Regionen können MagentaTV beitreten, um für Zuschauer in der jeweiligen Region, aber auch für all jene, die die Region verlassen haben und trotzdem nicht auf Informationen ihrer Heimat verzichten wollen, bereitzustehen. Für die regionalen Veranstalter bietet die Übertragung ihres Programms via MagentaTV Reichweitengewinne zum günstigen Preis, schließlich werden teure Einspeiseentgelte, wie sie der eine oder andere Kabelnetzprovider verlangt, bei der Telekom ausgeschlossen, gleichzeitig gewinnt die Plattform stetig neue Nutzer und somit potenzielle Zuschauer. \\

Stefan Goedecke

Danke, Trump!

Die Amtszeit des 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ist ein Segen. Punkt! ... Hä? Was? Wie bitte? Ja, Sie haben richtig gehört. Also bitte Puls senken und weiterlesen. Denn so bitter, wie die politische Bilanz der beinahe zweijährigen Präsidentschaft von Donald J. Trump ausfällt, so profitabel ist sein angespanntes Verhältnis zur Pressefreiheit für den amerikanischen Journalismus. Trumps Lügen und seine Hasstiraden gegen Zeitungen lassen die Reichweiten von „New York Times“ und „Washington Post“ steigen. Anders als erwartet, wächst unter seiner Regentschaft das Vertrauen in die Berichterstattung. „Thanks, Mr. President!“ – Trump verhilft seinen medialen Feinden, deren Ende er bereits zu Beginn seiner Amtszeit ausrief, zu einer Renaissance. In den USA wird wieder zur Zeitung gegriffen und die Neu-Abonnements haben längst die Millionenmarke geknackt.

Alles schön und gut, werden Sie denken. In Deutschland ist die Situation natürlich eine andere, das Vertrauen in die Medien spürbar schlecht – gerade im Osten der Republik. Nicht wenige Menschen glauben tatsächlich nur noch das, was sie in zwielichtigen Blogs oder in wirren Facebook-Beiträgen lesen. Rechtsaußen ist die Pressefreiheit mittlerweile wenig wert und wird dort ernsthaft in Frage gestellt. Muss also erst die AfD (mit-)regieren, damit die Presse nach amerikanischem Vorbild einen Aufschwung erlebt? Was sich wie ein schlimmer Albtraum anhört, könnte 2019 in Sachsen, Thüringen oder Brandenburg Realität werden. In allen drei ostdeutschen Ländern liegt die Partei gleichauf mit oder nur knapp hinter den Regierenden. Können wir nur hoffen, dass es andere Wege gibt, um die Medien wiederzubeleben, und gerade dieser US-Trend nicht über den großen Teich schwappt. \\

Tom Waurig

Der Journalist Tom Waurig initiierte 2013 das Couragiert-Magazin und verantwortet das Heft als Chefredakteur. Darin schrieb er über die engagierte Zivilgesellschaft, politische Bildung und Extremismusprävention. Waurig studierte Politik- und Kommunikationswissenschaft. Heute arbeitet er für die Agentur Stawowy.

tom.waurig@icloud.com

Rundfunkpreis Mitteldeutschland 2019

Arbeitsgemeinschaft
der mitteldeutschen
Landesmedienanstalten

Im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft der mitteldeutschen Landesmedienanstalten – AML“ vergeben die Thüringer Landesmedienanstalt (TLM), die Medienanstalt Sachsen-Anhalt und die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) den „Rundfunkpreis Mitteldeutschland“.

Bürgermedien Hörfunk und Fernsehen

Der Preis würdigt exzellente Beiträge privater nichtkommerzieller Hörfunk- und Fernsehproduzenten aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Gleichzeitig soll die Verleihung des Preises Produzenten und Autoren ermutigen, Beiträge in hoher Qualität herzustellen.

Rundfunkpreis Mitteldeutschland
Bürgermedien

Kategorien: „Bester Beitrag Erwachsene“, „Bester Beitrag Nachwuchs bis 18 Jahre“, Sonderpreis: „Heimat“, Länderpreise
Einsendeschluss: 7. Juni 2019
Preisverleihung: 6. September 2019 in Halle

Hörfunk

Der Preis zeichnet herausragende Beiträge privater kommerzieller Hörfunkproduzenten aus den drei Ländern aus. Die Landesmedienanstalten wollen mit der Verleihung des Preises Hörfunkveranstalter ermutigen, Beiträgen von hoher Qualität kontinuierlich genügend Platz im Programm einzuräumen.

Rundfunkpreis Mitteldeutschland
Hörfunk

Kategorien: „Bester Beitrag“, „Beste Moderation“, „Beste eigenproduzierte Werbung/ selbstentwickelte Promotion“, Sonderthema: „Heimat“, Länderpreise
Einsendeschluss: 30. April 2019
Preisverleihung: 28. Juni 2019 in Erfurt

Fernsehen

Der Preis soll hervorragende Beiträge privater kommerzieller Fernsehproduzenten auszeichnen und sie zugleich motivieren, Beiträgen von hoher Qualität kontinuierlich genügend Platz im Programm zur Verfügung zu stellen.

Rundfunkpreis Mitteldeutschland
Fernsehen

Kategorien: „Aktuelle Berichterstattung und Information“, „Beste Werbung“, Sparten- oder Sondersendung, Sonderthema: „Heimat“, Länderpreise
Einsendeschluss: 26. August 2019
Preisverleihung: 15. November 2019 in Leipzig

Weitere Informationen: www.slm-online.de | www.tlm.de | www.medienanstalt-sachsen-anhalt.de